



BILD RUBEN SPRICH/REUTERS

Für immer für die AHV. Bundesrätin Ruth Dreifuss, Alt-Bundesrat Hans Peter Tschudi und SP-Nationalrätin Angéline Fankhauser am Fest der AHV in Bern.

Die Schweiz feiert 50 Jahre AHV

Bern. - Mit einem Volksfest ist am Samstag in Bern das 50jährige Bestehen der AHV gefeiert worden. Die staatliche Altersvorsorge sei ein Symbol der sozialen Schweiz, die ihren Reichtum umverteile, sagte Bundesrätin Ruth Dreifuss. Die Unterstützung des Volkes sei vital, um den Sozialstaat zu erhalten.

Das ganztägige Fest in der BEA-Halle in Bern war als generationenverbindender Anlass für jung und alt geplant. An der Organisation beteiligten sich neben den Behörden die Dachverbände der älteren Menschen und der Jugendorganisationen.

Es gebe Grund zur Freude, sagte Sozialministerin Ruth Dreifuss in ihrer Festansprache: «Denn die AHV ist seit 50 Jahren das Symbol einer sozialen

Schweiz, die ihre Reichtümer neu verteilt.» Sie sei eine überzeugte Anhängerin des Systems AHV mit seinem so einfachen wie genialen Prinzip, wonach jeder beitrage und jeder erhalte. Es sei ein stabiles System, dass rasch an die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung angepasst werden könne, wie das in den vergangenen 50 Jahren auch geschehen sei. «Ihre Präsenz ermutigt mich, weiterhin zu kämpfen, um den Kurs zu halten und dem Druck auf die AHV und andere Sozialwerke nicht nachzugeben.»

Warnung an die Neoliberalen

Die früheren Generationen hätten verstanden, dass der Sozialstaat, der Liberalismus mit menschlichem Antlitz

Garant des Zusammenhaltes sei. Neoliberale täten gut daran sich zu erinnern, statt einen Graben zwischen Wirtschaft und Volk zu öffnen, riet die Chefin des Eidgenössischen Departementes des Innern. Die Wirtschaft brauche den sozialen Zusammenhalt.

Weitblick in die Zukunft der AHV sei heute nötiger denn je, die Schaffung eines Klimas der Angst aber schädlich. Dreifuss bekräftigte, dass genügend Zeit vorhanden sei, die Probleme zu lösen, unter anderem mit der 11. AHV-Revision. Mit der zweistufigen Anhebung der Mehrwertsteuer und eventuell einer Energiesteuer werde die Finanzierung bis mindestens 2008 gesichert; sie sei überzeugt, dass das Volk diesen Vorschlägen des Bundesrates folgen werde. (AP)